

Kanonenboote am Horizont

VON JOSEF JOFFE

Kommt an der Schwelle des 21. Jahrhunderts das neunzehnte wieder? Helmut Kohl hat die Frage jüngst in die Form einer Warnung gegossen. 'Die Politik der europäischen Einigung ist in Wirklichkeit eine Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert.' Der Nationalismus, so zitierte er seinen Freund Mitterrand in der Universität Löwen, 'das ist der Krieg'. Deshalb: 'Wir wollen kein Zurück in den Nationalstaat alter Prägung.'

Diesen Rückweg ein für alle Male zu verbauen, und zwar mit dem Stahlbeton der Integration, ist das Ansinnen der EU-Regierungskonferenz, die an diesem Wochenende in Turin eröffnet wurde und 15 Monate lang anderswo weitertagen wird. Demokratisieren und erweitern will sich die EU, auch eine gemeinsame Außen- und Geldpolitik schneiden. Am Ende des Weges muß, das ist die Logik, die Aufhebung des 'Nationalstaates alter Prägung' stehen. Denn: Das Geld und die Außen- und Sicherheitspolitik zu vereinsamen, bedeutet, den harten Kern staatlicher Souveränität zu knacken.

An dieser Logik kommt kein Kohl, kein Chirac vorbei. Warum aber sollte der Nationalstaat, seit einem halben Jahrtausend die dauerhafteste politische Form, sich selbst meucheln? Ganz hart gestellt, würde die Frage an Kohl und Chirac so lauten: 'Sind Sie bereit, Ihre Macht einem europäischen Präsidenten zu schenken?' Ihre ehrliche Antwort würde lauten: 'Nein, natürlich nicht', und das wäre auch die Replik ihrer Parlamente.

Solche Fragen zu stellen, bedeutet nicht, in das Geraune der neurechten Vaterlandsanbeter einzustimmen. Sie verhökern Ressentiments, den vergifteten Aufwasch von vorgestern; sie können nur raunen, weil sie im Wahrheit selbst wissen, daß 'Brüssel' nicht 'Versailles' ist, daß den Deutschen in ihrer Geschichte nie etwas besseres passiert ist als die Verflechtung Europas. Nur: Damit die Staaten sich selbst aufgeben, müßten sie ihre Daseinsberechtigung verloren haben. Und das ist nicht der Fall.

Dem Nationalstaat geht es sehr gut. Er wird nicht schwächer, sondern stärker. Ein plastisches Indiz: Überall steigt die Staatsquote; in den meisten EU-Ländern liegt sie bei über 50 Prozent. Es ist kein Siechtums-Symptom, wenn der Moloch immer mehr auffrißt, regelt und verteilt. Dazu umgibt er sich mit einer wachsenden, vom Staat getragenen Klasse, die Bonn und Paris, nicht Brüssel, Gefolgschaft schuldet. Ein intuitiver Test: Wohin blickt der Bürger mit seinen Sorgen und Bedürfnissen? Auf seinen Staat, nicht nach Brüssel oder Straßburg.

Zögern der Bürger

Nichts deutet an, daß der Nationalstaat seine Funktionsfähigkeit und damit seine Daseinsberechtigung verloren hätte - ganz gleich, wieviele Fäden der Zusammenarbeit er zu anderen Staaten gespannt hat, egal, wieviele Multinationals seinem Zugriff zu entweichen versuchen. Es verdichtet sich allerdings das Zögern der Bürger, die nächsten Stufen der Integration zu erklimmen. Denn die Außen- und Geldpolitik zu vereinsamen, das sind keine Trippelschritte, son-

dern gewaltige Sprünge in den Souveränitätsverzicht. Selbst Klaus Kinkel bekennt: 'Ein europäischer Außenminister kommt für mich nicht in Frage.'

Solche Sprünge endeten schon kläglich, als die Welt noch viel integrationsbereiter erschien, kurz nach dem Großen und mitten im Kalten Krieg. Im Jahre 1952 sollte die 'Europäische Verteidigungsgemeinschaft', die Verschmelzung der europäischen Armeen, die Geschichte ein für alle Mal überwinden. Doch das Projekt platzte im Pariser Parlament, weil das nationale Ich lauter rief als das europäische Wir, und das auf dem Höhepunkt des Drucks aus dem Osten. Inzwischen leben wir im Jahr sieben n. B., 'nach der Bipolarität', welche die Staaten gleichgerichtet hatte wie ein Magnet die Eisenspäne. Die Bedrohung ist geschwunden - und die Freiheit gewachsen.

Im Kalten Krieg wäre weder der bosnische noch der Golfkrieg ausgebrochen - nicht im lähmenden Schlagschatten der Atombombe, den die beiden Großen über die Welt warfen. Inzwischen aber verblaßt die 'Kultur der Zurückhaltung', wie es der Stratege Edward Luttwak genannt hat. Weil der ganz große Krieg nicht mehr dräut, wächst wieder die Wahrscheinlichkeit der kleinen. Zumindest das Säbelrasseln à la 19. Jahrhundert, der rasche Griff zum militärischen Folterwerkzeug, drängt wieder in den Vordergrund. Siehe das Januar-Gerempel zwischen Griechenland und Türkei in der Ägäis, den südkoreanischen Flottillen-Aufmarsch im Februar wegen einiger Winz-Inseln im Japanischen Meer, schließlich die weltkriegsähnliche Druck- und Gegendruck-Kulisse, die China und Amerika in der Straße von Taiwan aufgebaut hatten. (Die US-Armada war die größte im Pazifik seit dem Vietnamkrieg.)

Zäsur der Weltpolitik

Der ritualisierte Kriegsaufmarsch zwischen China und Amerika wirft das Schlaglicht auf die zweite Zäsur in der Weltpolitik: den Aufstieg neuer Großmächte. Die seien 'wie Divas', schreibt der amerikanische Politologe Fareed Zakaria, 'sie betreten und verlassen die Bühne mit großem Krach'. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts hießen die Aufsteiger Amerika, Deutschland, Japan; in der ersten Hälfte des Zwanzigsten führten sie Krieg gegeneinander und den Rest der Welt. Heute: China steigt auf, Rußland steigt ab und will wieder hoch; das ist kein gutes Ruhekitzen für den Weltfrieden.

Peking führt sich heute auf wie das wilhelminische Berlin, Moskau wie die Zaren nach dem verlorenen Krimkrieg (1853-56): Es arrondiert mit List und Gewalt, pocht immer lauter wie einst Kanzler Gortschakow auf 'Einflußsphären'. Wer sich als Hegelianer aufspielen möchte, der würde jetzt der 'Gleichzeitigkeit der Ungleichzeitigkeiten' das geschraubte Wort reden. Hier Europa, das in Maastricht und Turin die Geschichte zu überwinden versucht; dort der Rest der Welt, wo der 'Nationalstaat alter Prägung' im Kanonenboot aufkreuzt.

Kann Europa, Hort der blutigsten Kriege, dem Trend widerstehen? Es muß - eine andere Antwort gibt es nicht. Der Test ist nicht

die Währungsunion hier und heute; es ist besser eine unmenschliche Prüfung zu verschieben, als durchzufallen und das Errungene zu vergiften. Hier und heute läuft Europa zum Beispiel Gefahr, dem Rinderwahn in den Köpfen der Bürger und Politiker zu verfallen, der die Briten in jene Isolierung stößt, in der sich 1896 die Deutschen fanden - nicht zum Wohle Europas.

Wer den 'Nationalstaat alter Prägung' zu verhindern sucht, sollte sich mehr um die 'Erweiterung' als um die 'Vertiefung' der europäischen Integration sorgen. Wenn die neuen Demokratien in Ostmitteleuropa nicht schleunigst eine Heimstatt bekommen, wer-

den sie wieder in jene Unsicherheiten zurückfallen, die dem späten 19. Jahrhundert sein häßliches Gesicht aufgedrückt haben: mit seinen Rivalitäten, Ängsten und Konflikten.

Mit oder ohne 'Euro', in Westeuropa gibt es keinen Anlaß zum Krieg. Wohl aber rückt das 19. Jahrhundert näher heran; deshalb ist es das Gebot der Stunde, die 'Einflußsphäre' von Demokratie und Stabilität so weit und so schnell wie nur möglich auszudehnen. Wir können den Nationalstaat nicht abschaffen, aber wir können ihn zähmen und einbinden - wenigstens bei uns in Europa.